

Neuer

Social-Demokrat.

Redaktion u. Expedition
Berlin,
Dresdenerstraße Nr. 63.

Bestellungen werden ausdrücklich bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem Spektator entgegengenommen.
Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Zeile ober deren Raum mit 4 Ggr. berechnet. Arbeiter-Annoncen die dreispaltige Zeile ober deren Raum 1 1/2 Ggr.

Eigenthum des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich, und zwar: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis
für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 1/4 Ggr., monatlich 5/16 Ggr., einzelne Nummern 1 Ggr.; bei den Postämtern in Preußen 10 Ggr., bei den außerpreuss. Postämtern in Deutschland gleichfalls 10 Ggr. (66 Kreuzer ldd. Währ.)

Das Urtheil der Presse über die sociale Bewegung

Ist meistens so haarsträubend dumm, daß es geradezu unmöglich ist, ernsthaft dasselbe zu behandeln. Nur äußerst selten findet sich eine logisch gedachte Besprechung der Arbeiterbewegung; und wir wollen deshalb eine in der letzten Zeit erschienene Reihenfolge von Leitartikeln der „Post“ erwähnen, welche, wenn auch von gegnerischem Standpunkt aus geschrieben und von dem vulgären Gespensterglauben an die „gewissenlosen Agitatoren“ beeinflusst, doch einen richtigen Grundgedanken über den Zusammenhang der socialen Zustände mit der Arbeiterbewegung erkennen lassen.

Die in Rede stehenden Artikel beginnen wie folgt:

Die Erfolge, welche die Social-Demokraten bei den Reichstagswahlen, und jetzt auch bei der engeren Wahl in Elberfeld davon getragen haben, zwingen die bürgerliche Gesellschaft endlich wider ihren Willen, mit dieser socialen Bewegung sich zu beschäftigen. Vor einigen Jahren erhörte es noch zum guten Ton, die Existenz einer socialen Frage kurzweg in Worte zu stellen; und wenn jemand sich erlaubte, von Gefahren zu reden, die aus den socialen Verhältnissen erwachsen könnten, so pflegte man zu erwidern, es sei ein durchaus vergeblicher Versuch, verunsichtigten Menschen durch Beschwörung des „rothen Gespenstes“ Besorgnisse einzusößen. Diese „schönen Tage von Kranzberg“ sind vorüber; das „Gespenst“ hat seine Wesenheit in den Logen der Commune und neuerdings zu Carthago sehr fühlbar zu machen gewußt, und in Deutschland ist diejenige Bewegung, an deren Spitze die Socialdemokratie steht, so mächtig geworden — wie es das Wahlergebnis eben ergibt.

Die „Post“ wirft alsdann die Frage auf: „ob in den allgemeinen Verhältnissen der Arbeiter, wie dieselben wahrscheinlich in der vor uns liegenden Periode sich gestalten werden, Gründe für eine Verstärkung der social-demokratischen Partei enthalten sind, oder ob ein Stillstand, oder Rückgang im Wachstum der Partei zu erwarten ist.“ Und bei Beantwortung dieser Frage ist insbesondere der letzte Artikel der Reihe zu erwähnen, welchen wir hier folgen lassen; er lautet:

Nachdem wir festgestellt, wie es gekommen ist, daß trotz der durch Erhöhung der Production bewirkten Steigens der Arbeitelöhne die Social-Demokratie an Ausbreitung gewonnen hat, glauben wir als feststehend betrachten zu dürfen, daß die Periode der Ueberproduction abgeschlossen ist und wie bereits in die Periode der „Ebbe“ eingetreten sind. Ueber die Ursachen dieses Wechsels brauchen wir an dieser Stelle uns nicht näher auszulassen; es genügt, im Allgemeinen darauf aufmerksam zu machen, daß die Entwicklung der socialen Verhältnisse unter demselben Gesetze des Wechsels von Fluth und Ebbe, des Auf- und Niederganges, der Action und Reaction, steht, welche das politische Leben beherrschen.

Schon machen sich die Folgen des auf socialen Gebiete eingetretenen Reactions bemerklich; der Geschäftssinne, d. h. der Erschließung der Nachfrage nach Produktionsgegenständen folgt mit Nothwendigkeit die Einschränkung der Production selbst; die Nachfrage nach Arbeit erlischt; in den Fabriken wird die Zahl der Arbeitsstunden vermindert, so weit der Lohn nach der geringsten Arbeitszeit sich regelt; es treten Entlassungen von Arbeitern ein, die, erworben geworden, das Arbeitsangebot steigern, und als ganz naturgemäße Folge wird der Arbeitelohn, der in der hinter uns liegenden Periode von Stufe zu Stufe gestiegen, allmählich zu sinken beginnen.

Dat man bisher schon häufig Veranlassung gefunden, über die Gestaltung unserer socialen Verhältnisse zu klagen, so werden die wirklichen Nachteile derselben sich doch erst in der jetzt beginnenden Periode der Ebbe fühlbar machen. Die hohen Arbeitelöhne haben eine Masse von Arbeitskräften in die großen Städte gelockt, und die Gegenwart eigenhändige Verweglichkeit, durch die Hervorbringung der Verkehrsmittel und die sociale Gesetzgebung gefördert, hat es auch der unbedeutenden Masse leicht gemacht, die große Auswanderung vom Lande und aus den Landstädten in das Eldorado der Großstädte zu vollziehen. So lange auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens der Drang nach Steigerung der Production herrschte, so lange war jeder reue Ansturm willkommen und fand mit Leichtigkeit eine lohnende Thätigkeit. Wenn nun aber in den Großstädten Geschäftslosigkeit zu herrschen anfängt und Arbeitslosigkeit eintritt, so wäre es natürlich, daß nun eine, der Stärke der bisherigen Einwanderung entsprechende Rückwanderung aus den Großstädten in die verlassensten Dörfer und Landstädte eintrete, welche dem Zustande der Zusammenbrängung arbeitsloser Massen in den Großstädten ein Ende machen, oder doch die Nachteile und Gefahren dieses Zustandes wesentlich vermindern würde. Jedoch — bereitwillig läßt die Menge von der aufwärts steigenden Fluth sich importiragen; aber nur widerwillig und im allergeringsten

Falle, wenn es vielleicht zu spät, will die Menge mit der Ebbe zurück kehren, — haaßstiegen. Dazu kommt, daß die gegenwärtige Jahreszeit nicht geeignet ist, um die verlassene Feldarbeit wieder aufzunehmen.

Nach wuß man nicht vergessen, daß der sog. „Standard of life“ (die gewohnheitsgemäße Lebensnothdurft) unserer arbeitenden Klassen sich wesentlich erhöht hat, — was von den bestehenden Klassen fast regelmäßig als verkehrt betrachtet wird, während doch in dieser Beziehung der Tadel nur dann berechtigt ist, wenn die Lebensgewohnheiten zu wirklich unpassenden oder gar unsittlichen geworden sind. Die arbeitenden Klassen werden indessen alle Kraft aufbieten, um den erzwungenen Standard of life zu behaupten; und wer hier ohne Weiteres herben Tadel aussprechen möchte, der erinnere sich an die zahlreichen Beispiele aus der gebildeteren Klasse, die zeigen, daß erhöhter Luxus, denen eine überaus günstige Gestaltung der Geschäftslage während einer kurzen Zeit rechtsthatig, dieselbe bis zum Tage vor dem Bankrotte, während einer langen Zeit ungerührt festigt, fortgesetzt worden ist. Gewiß wird ein solches Verhalten getadelt, mit Recht getadelt; aber der minder gebildeten Klasse gegenüber müssen wir milder urtheilen, wenn wir als sehr schwer es anerkennen, erhöhtem Lebensgenusse wieder zu entsagen.

Obt diese hier angedeutete absteigende Entwicklung weiter, so kommt der Augenblick, in welchem die Noth ein gebietendes Wort spricht. Wir hoffen, daß wir vor solchen traurigen Zuständen, die durch jenes Wort charakterisirt sind, bewahrt bleiben, — sie sind die äußersten Konsequenzen der Hypertrophie, an welcher unsere Großstädte leiden; — die Prodlos auf das Straßengpflaster geworfene Arbeitermasse ist ein willenloses Werkzeug in den Händen gewissenloser Agitatoren; (1) doch haben wir keinen Grund, um an einen gewaltsamen Zusammenstoß zu glauben, weil derselbe unter unseren Verhältnissen für die Agitatoren durchaus ansehnlos sein würde.

Wenn aber Entbehrungen für die arbeitende Klasse nothwendig werden, so wird die Erbitterung gegen die bestehende Klasse, die schon jetzt, meist ohne Grund, (?) vorhanden, sich weiter verbreiten und anwachsen — und die Social-Demokratie wird in diesen Zuständen wirkungslos verkommen finden; denn die Zeit der Ebbe ist es, in welcher naturgemäß die Saat der desillusionirten Lebenden aufsteht.

Wir glauben also eine noch stärkere Entwicklung der Social-Demokratie als wahrscheinlich voraussetzen zu dürfen, sofern alle, zum Ueberflusse fähigen Elemente fortfahren, die Hände in den Schooß zu legen.

So weit die „Post“.

Es ist anerkennenswerth, daß der vorstehende Artikel nichts von der albernen Manier enthält, wodurch sich die Manchestermänner über die Arbeiterbewegung und den Börsenkrach nebst Arbeitslosigkeit hinwegsetzen; denn jene verwechseln einfach die Strikes mit der tiefgehenden socialen Bewegung und meinen naiv, weil durch die Arbeitslosigkeit weitere Lohn-erhöhung unerreichbar wird, müßten jetzt die Arbeiter demüthig zu Kreuze kriechen und die Allgewalt des Kapitals anerkennen.

Das wäre nun freilich ganz schön, wenn nur nicht die bösen Socialisten existirten, durch deren Bemühungen ein gut Theil der Arbeiter von der politischen Defonomie genug Verständnis bekommen hat, um zu wissen, daß die Krise kein Naturereignis, sondern die Folge der planlosen Produktionsweise ist, und daß die Arbeiter zur Abhilfe des Nothstandes weder in den Kirchen, noch in den Comtoies zu knien brauchen, sondern eine neue Produktionsweise erringen müssen.

Die „Post“ hat daher ganz Recht, wenn sie meint, daß die Social-Demokratie in der bevorstehenden Periode erst recht zunehmen wird. Nur darin irrt dieselbe, daß sie meint, es hänge die allgemeine Bewegung irgendwie von künstlicher Agitation ab.

Um dergleichen zu behaupten, sind wir Agitatoren selbst viel zu bescheiden. Eine historische Nothwendigkeit ist es vielmehr, welche jetzt die Arbeiterklasse in dieselben Bahnen drängt, welche vor ihr der dritte Stand siegreich beschritten hat, und der einzelne Mensch kann sich zwar seinen Posten, seine Partei wählen, aber er ist nur ein an sich unbedeutender Theil des großen Stromes.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Februar

Der Kampf der preussischen Regierung mit den katholischen Bischöfen ist jetzt bis auf den Gipfel gestiegen worden. Das erste Mitglied des höheren Klerus ist jetzt verhaftet, nachdem sein

pfändbares Vermögen durch die wegen Uebertretung der Kirchengesetze verhängten Geldbußen erschöpft worden ist. Es ist der Erzbischof von Posen, Ledochowski, welcher in der Nacht zum 3. Februar verhaftet und mittelst Extrazuges nach Ostrowo abgeführt wurde.

Ein Opfer des Börsenkrachs ist der bekannte österreichische General Gablenz geworden. Durch Spekulationen vermögenslos geworden und vielleicht in zweideutige Verhältnisse verwickelt, hat er sich erschossen. Im Alterthum tödteten sich Feldherren, wenn sie ihren Ruhm in einer Schlacht verloren hatten, oder ihr Vaterland rettungslos verloren war, jetzt nehmen sie sich das Leben als bankrotte Börsenjobber. Welche Jämmerlichkeit unseres tintenklebrigen Säculum! — Und doch war Gablenz — der Sieger von Deversce und Trautenau — jedenfalls noch einer der Besten seines Standes. Er ist eben ein Opfer der Corruption, welche der heutigen Gesellschaft als Todeskeim inne wohnt.

In der französischen Nationalversammlung kam es am Sonnabend zu einer interessanten, äußerst erbitterten Debatte, indem das Projekt der Regierung, um 78 Millionen Francs jährlich die indirecten Steuern zu erhöhen, Seitens des Abgeordneten Lockroy energisch angegriffen wurde. Derselbe sprach sich in folgender Weise aus: Der Minister Magne habe früher die von ihm verlangten neuen Steuern im Betrage von 78 Millionen als vorübergehend bezeichnet, während er sie jetzt dauernd einführen wolle; er hatte also seinen wahren Plan verheimlicht, um die anderweitigen ihm vorgeschlagenen Auskunftsmitel nicht präsen zu brauchen. Die Unmöglichkeit der vom Ausschuss verlangten Erhöhung der Alkoholsteuer sei vom Finanzminister schlagend nachgewiesen worden. Die Vereinigten Staaten müßten ihren Zuschlag auf die Alkoholsteuer wieder abschaffen, da er eine absolute Verminderung der Steuereinnahme zur Folge hatte. Die gleiche Erfahrung machte die Stadt Paris, die statt der veranschlagten sechs Millionen, nur drei einnahm. Die Glassteuer würde sofort eine Verminderung der Production und die Prodlosigkeit eines Drittels der in dieser Industrie beschäftigten 27,000 Arbeiter nach sich ziehen, wie es in Paris mit der Spiegelindustrie der Fall war, als sie mit einer Taxe belegt wurde. Die Steuererhöhung auf den Frachtverkehr sei verderblich für die Industrie. Auch die Besteuerung der Wechsel hemme den Verkehr. Beide, Kommission und Minister, hätten nicht die unumgängliche Nothwendigkeit ihrer neuen Steuern bewiesen. Der Minister wiederhole gern den Satz: „Wir nehmen das Geld, wo wir es finden.“ Diesen Satz habe man im Mittelalter angerufen, um die Juden zu plündern. In Wahrheit wolle man das Geld da nehmen, wo es nicht zu finden sei, indem man beharrlich mitzels der indirecten Steuern auf die ärmeren Klassen drücke. Den 1300 Millionen indirecter Steuern gegenüber nur 350 Millionen direkter Steuern gegenüber. Deshalb man statt Auflage neuer Steuern nicht die 40 Millionen jährlicher Zinsgarantien, die man den Eisenbahnen auf Grund der unter dem Kaiserreich abgeschlossenen Verträge schulde, lieber stunde? Durch jene leider nicht revidirten Verträge habe man eine Finanzaristokratie geschaffen, die sich zum Vermittler des Handels und der Industrie gemacht habe und ihnen ihre Bedingungen aufzwinge. „Diese Aristokratie“, bemerkt Redner, „ist noch eben so mächtig, als unter dem Kaiserreich; für sie verurtheilt man die Arbeiter der Städte zur Arbeitslosigkeit und die Bauern zur Entbehrung.“ (Heftige Proteste rechts.) Präf. Buffet bemerkt dem Redner, man könne nicht sagen, daß die Nationalversammlung die Arbeiter zur Arbeitslosigkeit verurtheile. Hr. Lockroy ruft: Ich habe gesagt und hatte das Recht, zu sagen, daß die Finanzaristokratie, so wie sie unter der Monarchie und unter dem Kaiserreich existirte und heute wieder vorhanden ist, die Arbeiter zum Feiern verurtheilt. Ich habe nichts zurückzunehmen. (Präf.

dieses Fonds, der Minister Graf Schwerin, gesagt und zwar im Widerspruch mit den Erklärungen eines Regierungskommissars im Jahre 1863: „Wenn der Regierungskommissar wirklich gesagt haben sollte, daß diese Fonds wesentlich nur bestimmt sein sollen zur Befolgung oder Ermittlung von Verbrechen, so beruht dies auf einem Mißverständnis der Kommission oder einer unrichtigen Äußerung des Kommissars. Es kann Niemand läugnen, daß diese Mittel hauptsächlich für Zwecke der höheren politischen Staatspolizei dienen müssen.“ Weil der Herr diese Zweck hat, so mußten sich an seine Spuren die Erinnerungen an alle jene politischen Prozesse, die wir seit 25 Jahren durchgemacht, an alle jene falschen Zeugen und gefälschten Aktenstücke, die in diesen Prozessen vorgebracht sind. Darum hat Waldeck erklärt: „Ich streiche jedem Ministerium, sei es, wie es wolle, diese Fonds, weil ich sie für unmoralisch, für solche Fonds halte, die das Demoralisationswesen und alles Schlechte, was in der menschlichen Natur liegt, begünstigen, ohne einen wesentlichen Vortheil für den Staat zu schaffen.“

Ich habe neulich das staatlich unterhaltene System eingehend geschildert, durch welches die öffentliche Meinung zu Gunsten der Ansicht der jeweiligen Minister belehrt werden soll. Der Herr Minister des Innern wird nicht leugnen, daß für dieses System auch dieser Fonds herangezogen werden kann, oder daß seine Veranlichung wenigstens nicht vollständig ausgeschlossen ist.

Es ist richtig, daß diese 40,000 Thlr., bezw. die 30,000 Thaler des Staatsministeriums nur eine kleine Stütze des Systems sind, dessen Hauptgrundlage im Welfenfonds beruht. Der Welfenfonds aber erscheint nicht auf unserem Etat, und von ihm in diesem Hause maßgebenden politischen Partei ist ein auf ihn bezüglicher Antrag nicht gestellt worden, und würde er gestellt, so würde keine Aussicht sein, daß er hier vor der Vertagung zur Verhandlung käme.

Es liegen Anzeichen dafür vor, daß dieser Fonds verwendet wird zu Wahlzwecken gegen die ultramontane Partei. Eine Korrespondenz des Ministers des Innern mit dem Oberpräsidenten des Rheinprovinz ist veröffentlicht und nicht demontirt, wonach Letzterer aufgefordert wird, ein gewisses Flugblatt zu verbreiten zur Einwirkung auf die Wahlmännerwahlen; der Minister will die Kosten übernehmen, doch wohl nur auf diesen Fonds. So sehr ich dem Inhalt dieses Flugblattes die weitestehende Verurteilung wünsche, so wenig kann ich diese Form der Einmischung der Staatsgewalt in den Wahlkampf billigen. Das Wesen der Wahl wird vernichtet, wenn die Staatsgewalt mit Staatsmitteln zu Gunsten irgend einer Partei sich in die Wahl einmischt, und dabei kommt es nicht auf die subjektive Ansicht an, die man über den Werth der einzelnen Partei hat. Gewiß ist der Kampf gegen die ultramontane Partei ein schwerer; aber eben darum sollte man um so wählerischer sein in den Mitteln; man sollte nicht solche kleinliche Mittel anwenden, die nur geeignet sind, zu erhöhtem Widerstande aufzureizen, nicht aber, denselben zu entkräften, und die das Auftreten der mit dem Ministerium in dieser Frage verbündeten Parteien von vornherein lähmen. Gerade die thätigsten und ehrenhaftesten politischen Männer ziehen sich aus dem Vordergrunde der Agitation gegen die liberale Partei zurück, wenn sie sehen, daß solche Fonds neben ihnen arbeiten. Gewiß ist dieser Kampf ein Kulturkampf, deshalb sollte man aber auch nicht glauben, mit kleinen Polizei- und Preßstrafschäden ihn führen zu können.

Nach der kurzen Äußerung des Ministers des Innern, daß er den Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser allerdings auf Rechnung des geheimen Polizeifonds habe drucken lassen, und das habe seinen Grund darin, daß dieser Fonds auch zu politischen Zwecken höherer Art gestiftet sei, nahm Lascker das Wort zu einer langen Vitanei, um seine prinzipienlose Vertheidigung des geheimen Polizeifonds zu beschönigen. Lascker erklärte unter anderem:

Schon 1868 habe ich ausdrücklich anerkannt, daß ich solche Fonds, wie heute, stets zu bewilligen bereit bin. Dagegen wolle ich es weit von mir zurück, als ob ich irgend wie das Treiben der offiziellen Presse in Schutz nehme. Was nun den Welfenfonds angeht, so habe ich im Jahre 1868 gegen den Abschluß des Vertrages gestimmt und ihn als einen unheilvollen bezeichnet. Bei den Verhandlungen über die Beschlagnahme der Gelder haben wir uns Anstandsgefühl abgelehnt, Rechnungslegung zu fordern über die Verwendung der Gelder; ich wäre keinen Anstand, zu erklären, daß wir damit ein'n Fehler begangen haben, weil damit ein Element der Korruption eingeführt war. Sollte von irgend einer Seite eine Bemänglung des Zustandes beantragt werden, so werde ich das freundlich unterstützen. Wenn darauf angespielt worden ist, daß aus unserer Mitte ein solcher Antrag nicht eingebracht wird, so antworte ich dasselbe, was ich den dänischen Abgeordneten auf ihre Bitten, sie bei dem Antrage, betreffend die Anfechtung des Wiener Friedens, zu unterstützen: „Wenn ihr Vorlage macht, die wir beantworten können, werden wir in der Lage sein, euch zu helfen; aber zum Zwecke der Agitation Anträge einzubringen, die nur einen Tadel gegen die Regierung ohne Aussicht auf irgend welchen Erfolg ansprechen, dazu sind wir die öffentlichen Verhältnisse hier zu heilig.“ Der Antrag ist auch so schwieriger Natur, daß Keiner aus dem Hause sich daran wagt. (Hanses Logik, Knippel-Lascker! Und deshalb bleibt Alles beim Alten!) Nun frage ich Sie, welches Verhältnis soll sich zu dem Ministerium herausbilden, wenn wir diesen Fonds von 40,000 Thalern pflöchtig streichen? Würden wir nicht plötzlich in Mißtrauen und Zwiespalt gerathen? Wenn wir wirklich vor 8 Tagen die Position von 41,000 Thlr. gestrichen hätten, glauben Sie, daß dadurch irgend etwas an der offiziellen Preßwirtschaft geändert wäre? Es wäre nur der erste Bruch zwischen der Majorität und der Regierung herbeigeführt, wo beide zur Abwehr sehr schwerer oppositioneller Elemente zusammen wirken und zusammen stehen sollten. Dazu sind wir hergeschickt, nicht aber, kleine Pöbeln herauszufischen, ihnen eine große Firma und Aufhängeschild zu geben, um eines Tages ohne unsern Willen, wie Simpel geleitet von unsern Gegnern, als Gegner der Regierung gegenüber zu stehen. Wenn die Nachtheile der offiziellen Presse nicht so bedeutend Worten besprochen werden, so sage ich, eben so schädlich, wie die offizielle Presse, ist die unabhängige Presse, die an Berührungspunkten ihre Freunde hat. Glauben Sie nicht, daß der schon unabhängig ist, der das Geld aus der Hand eines Andern nimmt, — das ist eine atomische Unschuld, das ist

die allergeringste Sorte der Unschuld — aber diejenigen, die vor dem Lande mit der Feder sprechen, und meinen, ihrer Sache am Besten mit Berührungspunkten und Berührungen dienen zu können, sind eben so sehr und mehr schuldig, weil sie mehr wirken können. (Das sollte sich Lascker nur selbst hinter's Ohr schreiben bei seinen freien Berläumdungen der Socialisten.) Darum bitte ich Sie, beutheiteln Sie uns ganz in derselben Weise, wie wir dies unseren bescheidenen Parteimitgliedern und anderen Mitgliedern des Hauses gegenüber der Regel nach zu thun gewohnt sind, daß Jeder nach seiner Weise und im Sinne des Landes hier durch sein Votum und durch seine Rede dem Interesse des Landes zu dienen beabsichtigt. Von mir dürfen Sie dies jederzeit voraussetzen, jedes andere Interesse liegt mir fern. Wenn Sie sich beinahe hätten verleiten lassen, den Polizeifonds zu streichen, mit der Gefahr des Bruches und der Entfremdung, während wir in diesen wichtigen Arbeiten begriffen sind, so lassen Sie sich heute nicht bestimmen. Ich bleibe konsequent bei meiner Ansicht. Das bedeutet keine Kriegserklärung gegen andere Parteien im Hause, sondern ist nur eine kluge, im Interesse des Landes umsichtige und gewissenhafte Politik.

Dieser haarsträubende Lasteriade folgte nun eine Abkangelung Seitens des Abgeordneten Windthorst. Folgende Stellen entnehmen wir seiner Rede:

Ich bin überzeugt, daß der Abgeordnete Lasker bei der Bewilligung der Position von 41,000 Thalern (Geheimer Preßfonds) vor acht Tagen seiner vollen Ueberzeugung gefolgt ist; aber seine Begründung von damals und von heute haben den Beweis geliefert, wie schwer es ist, für den nunmehrigen Führer der ministeriellen Partei die frühere Stellung der Opposition mit der heutigen in Einklang zu bringen. Jetzt sind wir in der Regierung und mit der Regierung, jetzt bewilligen wir; das ist die Quintessenz seiner Rede. Ein Regierungskommissar könnte gar nichts Anderes sagen. . . Was nun die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg V. und des Kurfürsten von Hessen angeht, so freue ich mich, daß der Abgeordnete Lasker anerkannt hat, wie es auch aus den Verhandlungen unzweifelhaft hervorgeht, daß eine Verpflichtung zur Rechnungslegung für die Regierung nicht existirt. Ich bin aber nicht der Meinung, daß die Regierung das Geld für Presse und Polizei verwenden darf. Sonst könnte man ja auch allen Hessen und Hannoveranern daraus einen neuen Noth wachen lassen, damit sie sich beklaglich fühlen, die Vergangenheit vergeffen. Man verwendet das Geld für Polizei im Elbthale, in Uniform, in Frack und weißes Kravatte, die letzte ist die theuerste. Die Hauptsumme geht aber an das Ministerium des Innern. Eine solche Verwendung führt zur Corruption und kann nicht früh genug aufgehoben werden. Wenn der Vorredner die Angelegenheit nicht zum Gegenstande eines Antrages machen will, so kann ich ihm darin keine Vorschriften machen. Vielleicht würde ich mich dazu entschließen, wenn die Herren nicht gesagt hätten, man müsse Alles, was wir beantragen, ablehnen. . . Ich muß bemerken, daß die Thatsachen, welche für die Beschlagnahme sprachen, schon vor Abschließung des Vertrages vorhanden waren und zwischen dem Ministerpräsidenten und mir erörtert worden sind. Trotzdem hat man den Vertrag abgeschlossen; man wußte recht gut, warum. Es wird die Zeit kommen, wo es bekannt werden wird. (Auf: Gleich) Nein, jetzt lasse ich Lammora den Vortritt. (Heiterkeit.) Die Beschlagnahme war also ein Akt der Gewalt, der Rechtlos in Form eines Gesetzes. Das ist unerhört, daß so etwas vorkommen kann in einem civilisirten Staate, welchen der Abgeordnete Lasker sich Jahre lang zu einem Rechtsstaate zu machen bemüht, obwohl er tagtäglich unter seinen Händen mehr und mehr Polizeistaat wird. (Stimme: Hui Lasker! Stürmische Heiterkeit.) Ich würde diesen Ausdruck auch gebraucht haben, wenn ich nicht geglaubt hätte, daß er in meinem Munde unparlamentarisch gewesen wäre.

Nachdem v. Kardorff den Grund der Beschlagnahme in der Welfenlegion gefunden, Windthorst dies jedoch bestritten hatte, schloß die Debatte, in welcher sich Lascker durch seine Zweideutigkeit kolossal blamiert hat.

Von dem demokratischen Schriftsteller Gustav Rasch geht uns nachstehendes Schreiben zur Abwehr nationalliberaler Veräumdungen zu:

Die Karlsruher Zeitung — die Badische offizielle Regierungzeitung — scheint sich grundbissig damit zu beschäftigen, mich verächtliche Artikel zu fabriciren und dieselben in die deutsche Presse einzuschmuggeln. Die früheren Artikel über meine Reise im Elsaß, daß ich unter der Maske eines preussischen Schulspektors die elsässischen Schulen besucht habe, kamen von dem Korrespondenten der Karlsruher Zeitung in Hagenau. Am 11. Januar brachte die Karlsruher Zeitung einen Artikel aus dem Elsaß, worin der Professor Goguel in Straßburg, Mitglied des Direktoriums des dortigen protestantischen Gymnasiums, in denunziatorischer Weise beschuldigt wurde, mir die Besuche zu meinen Schilderungen des preussischen Schulwesens im Elsaß ge eben zu haben und forderte die Behörden auf, gegen den Professor Goguel eine Kriminaluntersuchung einzuleiten, „der mein anschließlicher Umgang in Straßburg gewesen sei.“ Meiner Erklärung, daß ich von dem Professor Goguel gar keine Besuche erhalten, ihn auch nur ein einziges Mal bei einem halbständigen Besuche in seiner Wohnung gesehen habe, verweigerte sie die Aufnahme. Mirlich bringt die Karlsruher Zeitung einen Artikel, worin sie unter den heftigsten Anschuldigungen und Schimpfreden gegen mich erzählt, daß mein noch gar nicht erschienenes Buch über Elsaß und Lothringen auf jeder Seite Haß und Erbitterung gegen Preußen athme, wenn es auch kein Wort gegen Deutschland bringe. Auch dies ist wieder eine freche Erfindung der Karlsruher Zeitung. Mein Buch enthält gar kein Wort des Hasses gegen Preußen, sondern ich dert nur die preussische Herrschaft im Elsaß und die in Folge dieser Verwaltung eingetretenen, höchst unqualifischen Zustände. Im Gegentheil habe ich es bei jeder einzelnen Städtebesichtigung nie unterlassen, die anerkanntesten und lobenden Urtheile der elsässischen Bevölkerung über das Benehmen der preussischen Justizbeamten und der preussischen Offiziere und Soldaten zu erwidern.

Da die Karlsruher Zeitung mir die Aufnahme jeder Erwiderung verweigert und in seiner Weise jeden Appell meinerseits an Ehre und Anstandsgefühl mit Stillschweigen beantwortet, so bleibt mir nichts weiter übrig, um mich gegen diese hinterlistigen und erbärmlichen Angriffe der Badischen Regierungzeitung zu schützen, als andere deutsche Zeitungen um Aufnahme diese Schreibens zu bitten. Gustav Rasch. Berlin, 1. Februar 1874.

Briefkasten.
Der Schuhmacher Otto Marcus, welcher zuletzt in Glatzstadt gearbeitet, wird hierdurch aufgefordert, seine jetzige Adresse anzugeben, weil wichtige Familienangelegenheiten vorliegen.
A. Bräuer, F. Schüller in Brandenburg.
Herr Bildhauer W. Schulz in Detmold wird ersucht, bei der dortigen Postbehörde gefälligst auf den „Neuen Social-Demokrat“ abonniren zu wollen.
Die Annoncen für Hamburg (Versammlung der Straßenbauarbeiter am 4. Februar, Versammlung auf dem kleinen Grasbrook den 4. Februar und Versammlung im Alcazar den 5. Februar, Oeffentliche Tischlerversammlung den 5. Februar in Lütge's Salon), sowie die Annonce von Wandobred (Parteiversammlung den 5. Februar) sind hier zu spät eingegangen und haben deshalb keine Aufnahme gefunden.
Veräußerung in Hamburg wird gebeten, seine Adresse W. Bröning in Promisfel bei Sagard, Insel Rügen, mitzutheilen.
Otto, Leuchner. Auf dortiger Post reklamiren.
Lauemann, Cessell. Ja.
Herrnschick, Peitz. Social-politische Blätter durch dortige Post beziehen. Blätter hier nicht vorräthig. Schriften 4 Sgr. in Briefmarken.

Für Berlin.
Parteiversammlung
Freitag, den 6. Febr., Abends 8 1/2 Uhr,
Sophienstr. 15.
Tagesordn.: Die Nachwahl im nächsten Berliner Wahlkreise.
Ganz besonders werden die Vorfände der einzelnen Korporationen, welche auf dem Boden der Laßalle'schen Grundzüge stehen, zu der Versammlung eingeladen.
Gasencliever.

Für Berlin.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Versammlungen
Donnerstag, den 5. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
im „Deutschen Kaiser“, Pottingerstr. 12 (vorm. Wollandstr.).
Tagesordn.: Vortrag des Herrn F. W. Frisch.
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, im „Grotte-weißen Bierlokal“ (oocer Saal), Kommandantenstraße 77-79. Vortrag des Herrn Schwendel.
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lindemann, Mantensfelstraße 90. Vortrag des Herrn A. Kapell.
Montag, Landwehrstraße 11.
Montag, Kirchstraße 5.
Dienstag, Gartenstr. 13. u. 14.
Dienstag, Radesdorferstraße 45.
Beschlebens und Fragekasten. G. C. S.

* Sonntag, den 7. Febr., fällt die Versammlung im Lokale des Herrn Böhm, neben der Kaiser Franzstraße, Lola verhältnisse halber aus.

Für Berlin.
Generalversammlung
der Mitglieder des Maschinenbau- und Metallarbeiter Vereins
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 Uhr,
im großen Saale Sophienstraße 15.
Tagesordn.: Jahresabrechnung des Vereinsleiters. — Vorstandswahl. — Verschiedenes und Fragekasten.
In dieser Versammlung darf Keiner fehlen, da sehr wichtige Angelegenheiten der Erziehung bedürfen. Meyer.
Da durch die Wahlbewegung ein großer Theil der Maschinenbauer zum Klassenbewußtsein gekommen ist, so ersuche ich diejenigen Kollegen, welche der Partei angehören, der Korporativbewegung aber fern standen, diese jetzt hoch zu halten und sich Mann für Mann dem Maschinenbau- und Metallarbeiterverein anzuschließen. D. D.

Generalversammlung
jämmtl. Tischlergesellen Berlins
Sonntag, den 8. Febr., Abends 9 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Porst, Radesdorferstr. 45 (Apollosaal).
Tagesordn.: Vortrag des Herrn Maximilian Schlichtinger aus Breslau. — Die Lohnfrage.
A. Herold, Bevollm.

Für Berlin.
Arbeiter-Unterhaltungs-Gesellschaft
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 Uhr,
Neue Königstr. und Wadjeßtr. 6a.
Alle auf dem Posten.

Für Berlin.
Generalversammlung
jämmtlicher Böttcher Berlins
Sonntag, den 8. Februar, Morgens 10 Uhr,
im Heil'schen Lokal, Landbergerstr. 15.
Tagesordn.: Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein in der am 15. dts. stattfindende Ball. Der Bevollm.

Oeffentliche
Generalversammlung
jämmtl. Lampen-, Bronze- und Metallarbeiter Berlins
Sonntag, den 8. Februar, Vorm. 10 Uhr,
Dreidene str. 55 (Theatro american).
Tagesordn.: 1) Vortrag des Unterzeichneten. 2) Theilnahme am Kongreß jämmtlicher Maschinenbau- u. Metallarbeiter Deutschlands. 3) Verschiedenes. J. A.: Böttcher.
NB. Neue Mitglieder werden in den Metall- u. Arbeiterverein und in den Krankenkassen-Verein aufgenommen.

Für Berlin.
Die Ausschussmitglieder der Maurer-Kranken- u. Sterbekasse
werden auf Freitag, den 6. Febr., Abends 8 Uhr, E. nensstr. 115 zur Sitzung eingeladen. Der Vorstand

Berliner Akkordträger- und Bauarbeiter-Verein.
Mitglieder-Generalversammlung
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Hrn. Lindemann, Mantuffelstraße 90.
Tagesordn.: Innere Vereinsangelegenheit und Fragekasten.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, auf dem Posten zu sein.
W. H. Wisman.

Für Berlin.
Generalversammlung
der Allg. Cigarrenarbeiter-Kranken- und Sterbekasse
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 Uhr,
im „Deutschen Kaiser“, Wollanstraße 12.
Tagesordn.: Ertheilung der Decharge des Kassiers. Er-
lebigung der gestellten Anträge. Statutenänderung. Ver-
schieden.
Der Vorstand: A. Notes.

Für Berlin.
Arbeiter-Frauen- und Mädchenversammlung
Freitag, den 6. Febr., Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Hrn. Lindemann, Mantuffelstraße 90.
Tagesordn.: Die Gesänge eines Gesangens.
Referent: Herr Ketz.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Für den Wahlkreis Teltow.
Außerordentliche Comité-Sitzung in
Steglitz

Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 1 Uhr,
im Lokale des Hrn. Siefert, Albrechtstraße Nr. 108.
Tagesordn.: Sehr wichtige Angelegenheiten.
Jede Ort, wo Parteigenossen sich befinden, muß in dieser
Sitzung vertreten sein.
Anschließend aber ersuchen wir die Parteigenossen von
Köpenick und Niedorf, in dieser Sitzung zu erscheinen.
Nach der Sitzung:
Mitgliederversammlung.
J. A.: Gustav Berg. Gustav Diekmann.

Für Rummelsburg.
Parteiversammlung
Sonntag, den 7. Febr., Abends 8 Uhr,
bei Herrn Spreewitz.
Tagesordn.: Zweck und Organisation des Allg. deutsch.
Arb.-Vereins.

Für Hamburg.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Versammlung
Freitag, den 6. Februar, Abends 8½ Uhr,
im Englischen Woll, Kirchenallee 41, St. Georg.
Tagesordn.: Der Ausfall der Wahlen und die Entvolde-
lung der deutschen Arbeiterpartei. — Referent Hr. Hörig.
Die Parteigenossen müssen für Verbreitung Sorge tragen.
E. L. Vater, Hinter den Hütten 35.

Altona. Sonnabend, d. 7. Febr., Abends 8½ Uhr,
im Englischen Garten,
Volkerversammlung
Tagesordn.: Welche Erfolge haben wir zu erwarten von
der Thätigkeit unserer Abgeordneten. Ref.: Hörig.
Heinz Radow.

Für Altona.
Allgemeiner Dötker- (Küper-) Verein.
Mitgliederversammlung
Freitag, den 6. Febr., Abends 8½ Uhr,
im Vereinslokale.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Bevollm.: A. Grimm.

Für Altona.
Unterzeichneter sieht sich veranlaßt, die hiesigen Partei-
genossen darauf aufmerksam zu machen, daß von jetzt ab keine
Annoncen mehr für den „Neuen Social-Demokrat“ ange-
nommen werden, ohne sofortige Zahlung der Annoncen-Ge-
bühren.
Heinz Radow.

Für Otensen.
Parteiversammlung
Sonnabend, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr,
in „Karlruhe“ in Otensen.
Tagesordn.: Vortrag und verschiedene wichtige Ange-
legenheiten.
F. Herzhold.

Für Wandersbeck.
Deutscher Zimmererbund.
Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 6. Febr., Abends 8 Uhr,
im Lokale des Hrn. Lagemann, Kampstr. 53.
H. Schröder.

Für Bremen.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Versammlung
Montag, den 9. Febr., Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Hrn. Duncker, Südstraße.
Tagesordn.: Die deutschen Bankenkriege. — Referent:
Herr Friede.
Freien Zutritt für Jedermann.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Für Buntenthorsteinweg (Bremen).
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Versammlung
Sonnabend, den 7. Februar, Abends 8½ Uhr,
im Vereinslokale.
Tagesordn.: Politische Parteidiskussion. Fragekasten.
Alle Mann am Platze.
Der Bevollm.

Für Eimsbüttel.
Große Volksversammlung
Sonnabend, den 7. Febr., Abends 8 Uhr,
im Lübbes Salon in Eimsbüttel.
Tagesordn.: Der Staat, wie er ist und wie er sein soll.
Ref.: Herr Stöckel. — Verschiedenes.
Alle Mann am Platze.
E. G. Hollmann, Bevollmächtigter.

Für Hannover.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der
Fasnachtsball
verbunden mit **Concert**,
Sonntag, den 15. Februar, im Saale des Ballhofes
stattfindet.
Anfang des Concerts 5 Uhr, des Balles 8 Uhr Abends.
Entrée zum Concert 3 Sgr., für die ganze Festlichkeit
10 Sgr. Karten zum Ball allein auch 10 Sgr.
Karten sind in der Mitgliederversammlung am Mittwoch
und bei Herrn Matthes, Neuestr. 45, zu haben.
Ich ersuche die Mitglieder, ihre Pünktlichkeit zu thun.
Rudolph.

Für Hannover.
Allgemeiner Tischler- (Schreiner-) Verein.
Gemüthliche Abend-Unterhaltung
Sonntag, den 8. Februar, Nach. 5 Uhr,
im Lokale von Matthes, Neuestr. 45.
Es werden sämtliche Kollegen und Freunde hierdurch
eingeladen.
Lindemann.

Für Barmen.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß Photographien
unseres Reichstagsabgeordneten W. Hasselmann, mit und
ohne Rahmen, fortwährend bei mir zu haben sind.
Bestellungen können zu jeder Zeit im Vereinslokale bei
Müller gemacht werden.
Der Bevollmächtigte: Mann.

Für Barmen.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Versammlungen
Samstag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr,
in Unterbarren bei Morian.

Sonntag, den 8. Februar, Abends 6½ Uhr,
im Lokale des Hrn. Ernstdorf zu Ritterohausen.
Tagesordn.: Unser Sieg und das Gebahren unserer
Gegner.

Gemüthliche Abendunterhaltung mit Tanzvergügen
Sonntag, den 8. Februar, Nachm. 5 Uhr,
im Vereinslokale bei Herrn Müller.
Zutritt nur für Mitglieder und Solche, die es werden
wollen.

Geschlossene Mitglieder-Versammlung
Montag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr,
im Vereinslokale bei Herrn Müller.
Tagesordn.: Abrechnung des Wahl-Comité's. — Ver-
schieden.
Karten müssen vorgezeigt werden.
NB. Die Revisoren werden ersucht, sich pünktlich zur Kon-
trolle einzufinden.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Bevollmächtigte Mann.

Für Barmen.
Arbeiter Frauen- und Mädchenverein.
Gemüthliches Beisammensein
Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 10 Uhr,
im Lokale des Hrn. Morian, Unterbarren.
Deklamatorische und Gesangsvorträge
der Liedertafel „Deutonia“ aus Ronsdorf.
Um 7 Uhr beginnt das

Kränzchen.
Zum Schluß wird der Gesangverein das interessante Stück
„Der Nachwächter“ vortragen.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Parteigenossen sind will-
kommen.
Für das Comité: Frau Fischer.

Für Vorbeck.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Versammlung
Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 11 Uhr,
im Lokale des Hrn. Strumpen.
Tagesordn.: Vortrag des Hrn. Dreesebach.
Die Mitglieder müssen pünktlich am Platze sein.
Krausemann

Für Wald.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Versammlung
Sonntag, den 8. Febr., Nachmittags 5 Uhr,
beim Wirth D. Neurer.
Tagesordn.: Verschiedenes.
Der Bevollmächtigte G. Luchtenberg.

Für Duisburg.
Sonntag, den 8. Februar,
findet im Lokale des Hrn. Fein am Bahnhof
Concert und Ball
vom Arbeiter-Gesangverein
statt, wozu wir alle Parteigenossen Duisburgs und Umgegend
freundlichst einladen.
Entrée zum Concert 2½ Sgr.
Zum Ball kann Einschreibung stattfinden.
Der Vorstand.

Für Cöln.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Versammlung
Sonntag, den 8. Februar, Abends Punkt 7 Uhr,
im Lokale des Hrn. P. Wolter, Gr. Griechenmarkt 37.
Tagesordn.: Vortrag des Hrn. J. P. Wypka.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Bevollmächtigte J. Urban.

Für Dresden.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Mitgliederversammlung
Sonnabend, den 7. Februar, Abends 8 Uhr,
im Saale zur Conversation.
Tagesordn.: Vortrag.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Bevollmächtigte.
2 Schlafstellen sind zu vermieten Ritterstraße 2, 2 Ex.
bei Augustin.

Für Rieburg.
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Verbrüderungsfest und Ba
Sonntag, den 8. Febr., Nachm. 3 Uhr,
im Lokal zur „grünen Tanne“.
Wir laden alle Parteigenossen von Veraburg, Calbe,
alg und Borgeborns hiermit freundlichst ein. Entrée für
jeden Mitglied 10, für Auswärtige 5 Sgr. Das Com

Für Dresden.
Löwengewerkschaft.
Seit dem 22. Dezember haben wir unsern unentgeltlich
Arbeitsnachweis und Herberge eröffnet; dieselbe befindet
Große Bräuerstr. 12, bei dem Restaurateur Hrn. S. S.
der gleichzeitig werden dort die Reiseunterstützungen
bezahlt. Für die Mitgliedschaft Reisen befindet sich
Arbeitsnachweis Leipzigstr. 151, bei dem Restaurateur
H. Rau.

Jeden Sonntag:
Große Tanzmusik
in dem Vereinslokale des Allg. deutsch. Arb.-Vereins
(Lübbes Salon in Eimsbüttel),
wozu ergebenst einladet
E. v. Spreckell

Nicht zu übersehen.
Einigen tüchtigen Feltenhauergefellen kann ich gegen
Lohn in der Nähe Bremeus Arbeit anweisen.
W. Friede, Bremen, Carlstr.

Den Parteigenossen in Hamburg empfehle ich gute
Holsteinische Gierkartoffeln
5 Liter 4 Schill, 4 Saft 3 Mark 14 Schill.
C. Koopmann
Schleusenbrücke in Hamburg

Für Berlin, Brandenburg und Umgegend
empfehle ich den Parteigenossen, wie den zur Partei-
Korporation, mein Lager von Buckeln, Tuchen und
neuen, sowie fertigen wollenen Hemden zur geneigten
Sichtung.
B. Schuelk, Tuchmacher, Brandenburg a. S., Kur-
Mitglied des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.

Zu dem Geburtstage meiner lieben Frau und unse-
rer Mutter am 5. Februar die herzlichsten Glückwünsche
mögest Du noch recht lange in unserer Mitte weilen
und zur Seite stehen.
Altona, den 2. Februar 1874.

H. Borbeck und Kinder.
Helene, Rosalie, Johanna, Margaretha
Ceciline Borbeck.

Unserem Parteigenossen J. Müller zu seinem Ge-
burtstage die besten Glückwünsche von
Stettin.
W. R. D. W. & Co.

Unserem Freunde und Parteigenossen Johann
seinem Wiegensfeste am 6. Februar die besten Glück-
wünsche von seinen Freunden
Friede, 2. Februar 1874.

Dem Kämpfer für die Menschenrechte, Otto
zu seinem Geburtstage am 7. d. meine herzlichsten Glück-
wünsche.
D. Dahm

Unserem braven Parteigenossen H. Urban zu seinem
Geburtstage am 6. Februar die herzlichsten Glückwünsche
möge dieser Tag noch recht oft wiederkehren.
Im Auftrage der Mitglieder zu
A. Schmidt, Bev.

Unserer guten Freundin und tüchtigen Parteifrau
Frau Sahn in Berlin, zu ihrem am 7. Februar
den Geburtstage unsere herzlichsten Glückwünsche.
ferner vereint für die Menschenrechte kämpfen.
Die Familien
E. Bauer. E. Meißner. E. Pörr. W. Hess

Brandenburg a. d. S.
Dem Kämpfer für Freiheit und Recht H. Ehrlich
seinem Geburtstage am 6. Februar die besten Glück-
wünsche.
V. B.

Dem Kämpfer für Wahrheit und Recht, Herrn
Kühne, zu seiner Hochzeit am Sonntag, den 8. Febr.
donnerdes Lebens.
Seine Parteigenossen
möge er an der Seite seiner treulichen Gattin
die
strenge Stunden erleben.
Saarmund bei Potsdam.

Alles Gute wünscht zu Deinem heutigen Geburt-
stage Deine liebste Frau Louise Keil
El

Dem Mannen G. Gotthmann auf Nordernei
Glückwünsche zu seinem Geburtstage am 7. d. v.
Ehren, Schwester und Sch
Nun

Der Frau Minna Raab in Halle zu ihrem am
stattfindenden Geburtstage unsere
herzlichsten Glückwünsche.
Friedrich Raab und Reinhold Raab

Als Verlobte empfehlen sich
Emilie Ritze,
Ferdinand Herrmann.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben war
26. Januar hoch erfreut
F. Sox und Frau in Brande

Eine Schlafstelle ist zum 15. d. oder auch sofort
mieten. Sebastianstr. 3, Hof, 3 Tr., bei Delle.
Ein Schuhmachergehilfe kann Logis erhalten
Pl. 45, Hans 16, 3. Etage, St. Pauli.

Eine Schlafstelle, mit separatem Eingange, ist
zu vermieten Angermühlstr. 12, 3 Tr., bei
Herrn

Tölcke's Broschüre.
Die Geschichte, der Zweck und die Organisation
Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein
sind auf Beschluß der Generalversammlung heraus-
gegeben. Die Parteigenossen werden auf die lehrreichen Abhand-
lung nochmals aufmerksam gemacht.
Bezugspreis bei Gr. Wolf, Dresdenstr. 63,
3 Sgr. 3 Pf. Verkaufspreis 3 Sgr. 6 Pf. jeder
Druck von E. Jürging's Wwe. (A. Colbath) in
Verantwortlich für die Redaktion: E. Becker in
Verlag von B. Gröwel in Berlin.